

Worben, 3. September 2013

Parolenfassung der SD- Geschäftsleitung (Kantonalverband Bern) vom 3. September 2013 in Bern für die Volksabstimmung vom 22. September 2013:

NEIN zur Aufhebung der Wehrpflicht. Volksinitiative

Spätestens seit der Einführung der Armee XXI wird das gesamte Armeegefüge stets reduziert. Hierbei hat man im Verteidigungsdepartement etliche Abteilungen zusammengelegt und Arbeitsstellen abgebaut. Die Aufhebung der Wehrpflicht sieht eine Freiwilligenarmee vor, welche aufgrund des personellen Kleinstbestandes die Landesverteidigung nicht mehr gewährleisten könnte. Die Unabhängigkeit der Schweiz an sich ist hiermit generell in Frage gestellt. Für die Schweizer Demokraten (SD) ist es naheliegend, dass die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) dieses Anliegen lediglich als ersten Schritt zur totalen Abschaffung der Armee verwenden will. Bereits das aktuelle Heer ist in seiner Grösse nicht mehr auftragskonform. Deshalb wird die Vorlage einstimmig zur Ablehnung empfohlen.

NEIN zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)

Die Schweizer Demokraten (SD) erachten die Schaffung eines nationalen Epidemiengesetzes als unnötig, zumal die persönliche Freiheit nicht gewährleistet ist. In den letzten zehn Jahren ereigneten sich mehrere kontinentsübergreifende Fälle von Epidemien wie SARS oder die Vogel- respektive Schweinegrippe. Die damaligen Gefahrenmeldungen hatten einen teilweise unverhältnismässigen Charakter, wobei die Volksgesundheit zu keinem Zeitpunkt ausserordentlich beeinträchtigt war. Dafür profitierte die Pharmaindustrie von der weltweiten Massenproduktion von Impfstoffen und anderen entsprechenden Pharmaka. Viele Ärzte lehnten eine Impfung ab. Das neue Gesetz hätte jedoch einen Impfwang zur Folge. Des Weiteren ist im Text erwähnt, dass Krankheitserreger zu Forschungszwecken in der Gesellschaft freigesetzt werden können. Lediglich die Möglichkeit einer solchen Massnahme öffnet den Missbräuchen sämtliche Türen, da sogar die Bewilligungspflicht nicht immer gilt. Das bisherige Epidemiengesetz reicht zur Krankheitsbekämpfung vollkommen. Deshalb haben die SD die Nein-Parole beschlossen.

NEIN zur Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops

Mit der vorgeschlagenen Revision des Arbeitsgesetzes will man bei Autobahnraststätten und Tankstellenshops an Hauptverkehrswegen die Öffnungszeiten auf die ganze Nacht und auf den Sonntag ausdehnen. Somit würden diese Geschäfte rund um die Uhr mit entsprechendem Verkaufspersonal betreut. Die Schweizer Demokraten (SD) lehnen jegliches Unterfangen, die betriebliche 24-Stunden-Tätigkeit einzuführen, strikte ab. In den letzten Jahren wehrten sich bereits etliche Kantone erfolgreich gegen verlängerte Ladenöffnungszeiten. Die Massnahme hat sowohl für die persönliche Gesundheit (Leistungsdruck erzeugt krankhaften Dauerstress mit stetiger Abnützung) als auch für die geregelten Gesellschaftsstrukturen negative Folgen. Freizeitbeschäftigungen mit der eigenen Familie oder dem Freundeskreis werden durch vermehrt unregelmässige Arbeitszeiten massiv erschwert. Zudem dient die Vorlage als Basis für weitere Liberalisierungen wie der Einführung von flächendeckender Sonntagsarbeit

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident